



nides. Sie schätzen die deutsche Wirtschaft höherer vor dem Amerikaner, und die Amerikaner haben alles Interesse daran, sie so zu geben, daß sie vor dem französischen Zugriff gefehert sind.

Zwei Punkte sind es, auf die das Gutachten der Bankiers das Hauptgewicht legt. Einmal wird eine „endgültige Regelung“ der Reparationszahlungen verlangt. Das ist eine sehr schmerzliche Angelegenheit, aber sie ist unumkehrbar, daß sie sich jeder französischen Forderung begeben werden muß. Die Forderung ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Kein Geldgeber in der Welt wird einem Schuldner etwas leisten, dessen Verpflichtungen ungenügt sind. Zum anderen verlangen die Bankiers die Befestigung des „Elements der Unsicherheit“. Darunter verstehen sie einmal die Sanktionspolitik und zum anderen die Befestigung der Gefahr des deutschen Zusammenbruchs. Beide Dinge hängen ursächlich miteinander zusammen. Die weitere Entwicklung ist dunkel, absolet klar aber auten die Forderungen der Bankiers: Heruntersetzung der Schuldsumme, Verzicht auf die Sanktionen!

### Die französische Seelenverfassung.

Am Reichstag zu Berlin sprachen auf Einladung der Liga für Menschenrechte französische Abgeordnete nach einer Begrüßungsansprache des Präsidenten Worte für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Da nicht viele noch nicht nationalisierten Arbeiter des Reichs Frankreichs auf Reparation und auf Bewahrung betonten, jedoch im Wort von Erleichterungen sprachen, die das deutsche Volk gegenüber dem Friedensvertrage fordern könne, zeigt sich, daß noch eine große Kluft zwischen der Seelenverfassung der beiden Nationen besteht.

## 11. Verbandstag der Postbeamtinnen in Berlin.

Zum zweiten Verhandlungstag waren der Einladung des Verbandes die Spitzen der Behörden, Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Berufs- und Frauenorganisationen in großer Zahl gefolgt. Reichsparlamentarier Gieseler hob in seiner Begrüßungsansprache die großen Schwierigkeiten hervor, mit denen in der verflochtenen der schweren Schicksalsjahre des deutschen Volkes insbesondere die Verkehrsverwaltungen zu kämpfen hatten. Die weiblichen Beamten haben durch ihre Widerstandskraft in der letzten Zeit einen großen Anteil an der Ordnung in die Verkehrsverhältnisse zu bringen. Die ihnen vorbehaltenen Tätigkeitsgebiete zeigten dem Friedenszustand gegenüber eine bedeutende Steigerung; das Telegraphenwesen um über 60 p. H., das Fernsprechen um 50 p. H., das Seefachwesen noch weitaus mehr. Die Abfindungssumme für wegen des Krieges ausgeschiedene Beamtinnen in den letzten Monaten betrug 100 Millionen. Die Ermüdungen im Schoße der Regierung seien abgeklungen. Es handele sich jetzt nur noch um die Befestigung der Säbe berieiden. In einem längeren Vortrage gab die erste Vorsitzende, Elise Kolshorn (Berlin), einen Bericht über die Personalreform der Postverwaltung. Sie sei durchaus unbedenklich und hätte allgemein in den Ämtern der Beamtinnen starke Erregung hervorgerufen. Staatssekretär Leude gab die Mängel der Personalreform an, verteidigte aber im übrigen die Verwaltung. Man werde auf Grund von Beobachtungen in Zukunft Schritte auf eine eventuelle Abänderung der Personalreform einleiten. Nach lebhafter Aussprache wurde eine einstimmige Entschließung des Verbandstages einstimmig angenommen.

In ergreifenden Verhandlungen wurden die unzulässig niederdrückenden Verhältnisse im Anzeigebüro, in Oberpostämtern und den befestigten rheinischen Poststellen erörtert. In mehreren Entschließungen gab die Gesamtheit der Abgeordneten ihrem tiefen Mitleid für die durch den Krieg verursachten Leiden Ausdruck, das sie nachdrücklich in den angeleiteten Bemühungen, das Los der deutschen Brüder und Schwestern zu erleichtern. — Una Klau er, Leipzig, sprach über die Aufgaben der weiblichen Beamten in den Postämtern. — Hedwig Rüdiger, Berlin, erläuterte Bericht über die Dungenfürsorge des Reiches und die erste Vorsitzende Gertrud Ziemer, Berlin, gab einen erschöpfenden Überblick über den neuen Beamtenreformsentwurf des Deutschen Beamtinnenbundes, an dessen Zustandekommen sich der Postbeamtinnenverband in jahrelanger Arbeit eifrig beteiligte.

Aus der Fülle der Anträge können nur vereinzelte herausgehoben werden. Durch die Annahme eines Beschlusses für einen gleichzeitigen Verbandsbeitrag hat sich die Organ-

isation eine feste Grundlage gegeben. Nach dem heutigen Geldwert berechnet, wird der Jahreshaushalt sich auf rund 7 Millionen stellen, wovon rund 1 1/2 Millionen für die Dungenfürsorge des Verbandes zur Verfügung stehen. Bei einer Verschlechterung des Gehaltsstandes der Beitrag leistenden. In der Frage der weiblichen Mitglieder befragte der Verbandstag seine frühere Stellungnahme und forderte dringend die Herausgabe der Aktiven des Reichsministeriums des Innern für die weiblichen Beamten aller Reichs- und Landesverwaltungen. Die Mitwirkung der Berufsvereinigungen habe große Bedeutung für die Dungenfürsorge. Inwieweit der Entwurf des Reichsministeriums des Innern über die Dungenfürsorge der weiblichen Beamten der Reichs- und Landesverwaltungen der Verbandstagsabgeordneten zu ihrer Führerschaft. Der nächste Verbandstag wird voraussichtlich in Königsberg stattfinden.

## Die Ueberführten-Frage.

### Wangende Ansicht.

Die Ablehnung des in der Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau und Mittelbau des Reichsberufsausschusses abgeschlossenen Abkommens über die Ueberführung, die Ueberführtenfrage und den Manteloffizier durch die Konferenz der vier großen Bergarbeiterverbände trotz der dringenden Mahnungen ihrer Führer schafft eine Situation, die von Gefahren nicht frei ist. Es ist nach dem bisher vorliegenden Berichte nicht möglich, sich ein Bild von den Gründen dieser überwältigenden Ablehnung zu machen. Aber es sprechen nicht wenig Gründe dafür, daß es wieder einmal unglücklichem und a nachrichtlichem Einflusse, um nicht zu sagen Terror, gelungen ist, diese sonst nüchternen Berände auf die radikale Seite herüberzuführen. Das Schlimme bei diesem Beschluß ist die frische Ablehnung des Verfahrens von 112 Bergarbeitern. So gut wie nur tagelange wissen die Bergarbeiter, daß die Eisenbahnverwaltung gerade jetzt während der Sommermonate am besten in der Lage ist, ausreichend Wagen zu stellen. Sobald erst die Ernte einsetzt, ist dies nicht mehr der Fall, da der Wagenpark dann für den Abtransport der leichtverderblichen Ernteprodukte, vor allem von Kartoffeln und Obst, benötigt wird. Werden jetzt also keine Ueberführten verfahren, so gehen wir mit ziemlich großer Sicherheit in nächsten Winter eine größeren Kohlennot zu erwarten, als wir sie bisher je gehabt haben, zumal unsere Kohlenverpflichtungen gegenüber der Genossenschaft der Sorten immer neue Steigerungen erfahren. Diese Gründe sind zu einleuchtend, daß man glauben möchte, daß unter ihrem Druck die Bergarbeiter bereit sein würden, ihre eigenen Forderungen im Interesse der Volksgemeinschaft einigermassen zurückzustellen. Daß dem nicht so ist, beweist, wie wir immer noch von einer Volksgemeinschaft, von einer Notgemeinschaft entfernt sind. Was nach dieser Ablehnung nun weiter geschehen wird, ist völlig unklar.

Hoffentlich bedauern die Bergarbeiter wenigstens so viel Mäßigkeit, sich von den Kommunisten nicht zu Unbelieblichkeiten aufspielen zu lassen. Es muß der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß es den Vorständen gelinge, durch neue Verhandlungen mit dem Unternehmens- und Bergarbeiter zu einer Revision ihrer Stellungnahme zu bringen.

## Neue Verhandlungen.

Die Regierung hat neue Verhandlungen eingeleitet. Am Mittwoch, den 14. Juni, sollen Zentralverhandlungen mit familiären Nevioren in Berlin stattfinden.

## Don Landesvertreter Smeets.

### 7 Monate Gefängnis.

Am 12. Juni. In dem Prozeß gegen Smeets fällt das Gericht unter den üblichen Nebenbestimmungen folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Verleumdung des Reichspräsidenten unter Zusammenziehung mit der Strafe, die die Strafammer im März gegen Smeets erkannt hat, zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe vom März betrug fünf Monate Gefängnis. Das Gericht beschloß ferner, den Volkspolizeidirektor Lange und den Kölner Regierungspräsidenten über etwaige Klagen, die bei ihnen über das Verhalten früherer Eisenbahnpolizeibeamten eingegangen sind, zu vernehmen. Das Gericht trennte diese beiden Sachen ab, da die genannten Angeklagten nicht erschienen konnten. Die Verhandlung über die Verleumdung der Polizei wird Freitag fortgesetzt.

## Tagung der Goethe-Gesellschaft in Weimar.

Die diesjährige Tagung steht im Zeichen eines der Goethe-Gesellschaft bereichernden Zuwachses an materiellen und immateriellen Schätzen: eine schmerzliche Goethe-Behandlung aus Wilhelm Müllers, ein prächtiges Marianna Welle Gedicht, hat der Weimarer Goethe-Gesellschaft zu dem Vermögen (eine Schatzkammer, reichlich an Geldmitteln) der Hinterbliebenen, noch erlitten werden muß, und im Gefolge der Auseinandersetzung des weimarerischen Staates mit dem früheren Großherzog sind der Goethe-Gesellschaft zwei Schätze in Dornburg zugefallen. Die Mitglieder hatten Gelegenheit, diese Bauschätze, in denen, wie man hört, hinter ein Erholungsheim für Schriftsteller eingerichtet werden soll, ansiebig zu besichtigen; neben einem ungeheuren Gebäude ein herrliches Kolossalbildnis, in dem sich der jüngere Goethe, wenn er neormännere war, einzufügen pflegte, und ein stattliches Landhaus älteren Stils, in welchem Goethe eine längere, an vierzigjährigen Schaffen höchst fruchtbare Zeit im Sommer 1828 verbrachte. Zu dem Beschluß dieser in eine eckstündiger Landtschaft hinauszuwandernden Schätze darf man die Goethe-Gesellschaft, besonders wenn sie diesen Besitz praktisch nicht fruchtbar zu machen wissen, nur beglückwünschen.

Auch sonst ließ die Tagung erkennen, daß die Goethe-Gesellschaft sich in einer starken Aufwärtsentwicklung befindet. Die Zahl der Mitglieder hat um mehr als 2000 zugenommen, also 6000 übersteigt. Die Goethe-Bibliothek, das Archiv, das Goethe-Nationalmuseum haben wertvollen Zuwachs an Handschriften und Kunstwerten zu verzeichnen. Die jährlichen Subventionen stiegen um eine besondere Zeitfortschritt vermehrt werden. Der Rechnungsabschluss gestaltet sich, trotz der hohen Ausgaben von über 100 000 Mark, so günstig, daß der Gesamtetat 88 170,50 Mark verbleibt. Das Kapitalvermögen beläuft sich ohne Einbringung des neuen Vermögenszuwachses auf 148 870,95 Mark. Bei allem Wandel in der Goethe-Gesellschaft keineswegs die schiebe Harmonie, die man von ihr erwarten sollte. Mittelangezeitige Wegenfälle, die letzten Endes auf verschiedene Einstellungen zu Angehörigen bezogen, machten sich auch diesmal wieder stark mitigend bemerkbar. Es galt den Vorstand neuwählen, und die Berliner Ortsgruppe hatte wegen eines Beschlusses von bekannten Reichsmitgliedern in Weimar

gebracht (u. a. den Herren v. Hilow, Thomas Mann, Ernsthardt, Hugo von Hoffmannsthal, Hans Hoyer, Professor Troeltsch, Max Siebold). Der führenden Männer der Goethe-Gesellschaft, die eine sehr gelungene Mehrheit, die sich nicht zum wenigsten aus Damen aller Stile zusammensetzt, hinter sich hat, bestellte es, keinen einzigen von diesen gewis nicht unbedeutenden Persönlichkeiten in den Vorstand aufzunehmen, es wurde vielmehr ein in weitesten Kreisen unbekannter Herr aus Wilmshelm als Ortsgruppenvertreter zu dem alten Vorstand hinzugezogen, der an und für sich für die nächsten drei Jahre bestellt. Wollte man, um nach dem Ausschluß des gegenwärtigen wieder einen besonderen Vertreter des Reiches in den Vorstand zu bekommen, Herrn Hugo von Hoffmannsthal im nächsten Jahre Gelegenheit zur Abhaltung eines Weltkongresses geben, um ihn danach in den Vorstand aufzunehmen. Für's erste hat man an Stelle des zurücktretenden Dr. Winkler-Karlruhe den bekannten freitragenden Professor Dr. Nothe-Weil in zum letzten Führer, d. h. zum Präsidenten der Goethe-Gesellschaft gemacht. Eine Wahl, die deshalb bedauerlich werden muß, weil allgemein bekannt ist, daß Professor Nothe es lieb, politisch in der öffentlichen Welt hervorzutreten, und weil er auf diesem Gebiete ganz ausgesprochen goethefremde Grundansichten und Lehren vertritt.

Auch den Vorstandsmitgliedern Prof. Dr. Reich Hartung (Aid) hielt, über das Werk „Goethe's Staatsmann“ hätte man zur Genüge erkennen können, daß man sehr wohl staatsmännliche Einsichten haben, ja politisch-administrative Ziele verfolgen kann, ohne im Sinne heutiger Parteipolitik Klassen- und Parteienpolitik zu predigen. Der Vortrag erörterte die Fragen, was Goethe als Staatsmann erreicht hat und Lande gegeben und gestiftet, welchen Einfluß seine sämtliche Tätigkeit auf die Entwicklung seines eigenen Landes ausgeübt hat. Als bemerkenswertes Fazit des vom Redner geführten zusammenfassenden außerordentlich reichhaltigen Quellenmaterials darf man feststellen, daß Goethe sowohl als handlungsreicher Staatsmann wie als Zuschauer der Entwicklung seiner Zeiten erwirkte und zeitweilens erregte, daß die in ihm ganz unbedingte, die in ihm wieder erkannt wurden und sich auswirken konnten, erst viel später eine wahre Auffassung des Goetheischen „Gedankens“ im Deutschen Nationalcharakter und der Ausfüllung nach Dornburg, der den oben erwähnten Schöpfungen galt, geben der Tagung einen harmonischen Abschluß.

## Sozialpolitischer Rückblick.

### Trübe Ausichten.

Die Bereinigung der Massen von Angestellten und Arbeitern, die eine Familie zu ernähren haben, trägt sich unloß beutlicher aus, je weiter deren Einkommen hinter dem Existenzminimum zurückbleibt, während die Einkommen der Unverheirateten ihr Existenzminimum soweit übersteigt, daß sie erhebliche Kaufkraft für Luxusbedürfnisse aufwenden können. Während nun diese freie Kaufkraft die Waren allgemein verteuert, werden auf der anderen Seite die Möglichkeiten geringer, berechtigten Gehalts- und Lohnforderungen entgegenzukommen. Die Staatsarbeiter haben sich an die Regierung mit neuen Lohnforderungen gewandt, auch die kaum und müßig aufzubehaltene Keutregung der Beamtengehälter ist bereits überholt, so daß neue Verhandlungen eingeleitet werden müssen und also an eine soziale Bewegung nicht zu denken ist. Höchst bedenklich ist ferner, daß die Großhandelspreise mit dem Absinken der Friedenspreise, was genau der äußeren Marktwertung entspricht, das Weltmarktniveau annähernd erreicht haben, so daß die auf Grund der Großhandelspreise Mai zu erwartenden Kleinhandelspreise es übersteigern müssen und daß deswegen eine besonders kritische Zeit für die Lohn- und Gehaltsempfänger bevorsteht.

Die Gewerkschaftsorganisationen haben sich kürzlich mit den Abwehrmaßnahmen befaßt, die die schlimmsten Auswüchse meignens der bei einer Anleihe zu erwartenden Wirtschaftskrise auszugleichen geeignet wären. Die größten Sorgen macht die Arbeitslosigkeit, die in dem Augenblick ganz unvermeidbar wird, in dem die deutsche Konkurrenzfähigkeit im Ausland erschöpft ist, und das künftig sich in einzelnen Industrien bereits sehr deutlich an. Lohnkämpfe sind über das bisher normal gemordene Maße nicht zu vereinbaren, nur symptomatisch ist zu bemerken, daß sie neuerdings mehr Angestellten als Arbeiterorganisationen betreffen und es sich bei den Angestellten zum Teil um bedeutend geringere Steigerungen handelt als bei den Arbeitern und ein Unterchied in der Höhe zwischen Löhnen und allgemeinen Angestelltengehältern kaum mehr besteht. — Der Reichstag hat, bevor er in die Ferien ging, der Erhöhung der Versicherungsgrenzen für Angestellten- und Krankentfänger-Vericherung auf 100 000 Mark Jahreslohn zugestimmt. Eine größere Ausprache begann, als es nicht, obwohl die Regelung in das soziale Leben eingreift und namentlich in den Grenzklassen, die bei der in kurzen Fristen erfolgenden Hinaufhebung nur für kurze Zeit in die Versicherung eingezogen werden, zudem höchst belastenden Beiträgen unterworfen sind, zu unerträglichen Härten führt, da in der Lohn- und Gehaltsfällen irgend ein Vorteil aus der Versicherung die hohen Leistungen rechtfertigt. Das ist eine Ueberbepanung sozialer Fürsorge, bei der Wohltat Klage wird. Gleichzeitig magen sich in der gegenwärtigen Zeit die Kosten des sozialen Verwaltungsapparates für den Staat in drückender Weise fühlbar, so daß die Forderung nach sozialer Selbstverwaltung in ein aktives Stadium getreten ist.

## Leuerungs-Panik in Wien.

Wien, 18. Juni 1922.

Mit Rücksicht auf die Vorgänge an der Wiener Börse kündigt die Regierung einschneidende Maßnahmen an, um die panikartige Stimmung in der Bevölkerung zu beheben. Bisher hat der Bundespräsident Beibel die Führer der parlamentarischen Parteien ermahnt, die übertriebene Besorgnis der Bevölkerung, die sich meist in Angriffen äußert, entgegenzuarbeiten, da diese Angriffen die Leuerung nur erhöhen.

## Bewahren Sie Ihre und Ihrer Kinder

Jahre vor dem Verfall, indem Sie zur Zahnarzt Dr. Bah's Zahnpulver „Dr. 23“ anwenden. — Jede echte Packung trägt Dr. Bah's Kennung. A. Gieseler, Rönigkstr. 14, Daker Badlin im, Ober Delpinger Str. 6 B. Gieseler, Dr. Gieseler, 48, Max Müller, Rönigkstr. 2, Zahnarzt-Organie, Friedrichstr. 10.

## Kunst und Wissenschaft

Die Sonnenfleckens-Expedition. In den nächsten Tagen verlässt die deutsche Mitglieder der deutsch-holländischen Sonnenfleckens-Expedition Europa, um sich mit ihren Instrumenten nach Christmas-Inland (Süd) zu setzen einzusetzen. Die Expedition hat sich als einzige Aufgabe die Prüfung der Relativitätstheorie wichtige Frage nach der Schwere des Lichtes gestellt und nimmt dafür speziell für diese Aufgabe von den Firmen Zeiss, Zeiss, C. & Bamberg, konstruierte Astrocameras mit Hilfsapparaten verschiedener Art mit. Die Instrumente sind auf dem Astrophysikalischen Observatorium in Potsdam schon provisorisch aufgestellt und erprobt worden und sind am 7. d. M. mit einem Schiff der Neuen Norddeutschen Fließfließgesellschaft von Potsdam nach Hamburg expediert worden. Neben dem Reich, Preußen und der Rotemilitär der deutschen Wissenschaften haben sich alle führenden Firmen durch namhafte Beiträge zum Kostenanschlag am Gelingen des Unternehmens beteiligt. Die deutschen Mitglieder der Expedition sind: Dr. C. Friedrich-Freundlich (Potsdam), Dr. J. Dopmann (Dorn) und Dr. W. Stoff (Helmstedt).

Neue Nordlichtforschungen. In Norwegen haben in den letzten Jahren durch Professor Störmer und andere Gelehrte Nordlichtforschungen stattgefunden, die in jüngster Zeit eine weitere Förderung erfahren, indem Prof. Störmer, wie er in der Offener Wissenschaftsakademie mittelte, am 22. März d. J. photographische Aufnahmen von Nordlichtstrahlen gemacht hatte, die die ungewöhnliche Höhe von 500 bis 700 Kilometer über der Erde erreichten. Dies ist der Höhenrekord für bisher nachgewiesene atmosphärische Erscheinungen. Weitere Untersuchungen sollen ergeben, welche Zusammenhänge die höchsten Schichten der Atmosphäre haben. Wahrscheinlich bestehen sie aus den leichtesten Gasarten, Wasserstoff und Helium. Professor Störmer machte, ebenfalls in der Wissenschaftsakademie, die Mitteilung, daß er mit Staatsunterstützung ein Studium des Nordlichtspektrums beginnen werde, wofür er mehrere besondere Spektrographen konstruiert hat, mit deren Hilfe neue und wichtige Ergebnisse erzielt werden können. Die neuen Forschungen beginnen im Herbst in Tromsø, wo die Luftmittel des dortigen geographischen Instituts zur Verfügung gestellt werden.